

Eingabe an den Bundesrat betreffend die Nationalität der verheirateten Frau

Autor(en): **Jeannet-Nicolet, A. / Vischer-Alioth, E.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **3 (1947)**

Heft 4

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-846317>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Eingabe an den Bundesrat betreffend die Nationalität der verheirateten Frau

Lausanne u. Basel, 8. März 1947.

Herrn Bundesrat von Steiger,
Vorsteher des Eidg. Justiz- und
Polizeidepartementes,
B e r n.

Herr Bundesrat,

Wie Sie wissen, beschäftigen sich die schweiz. Frauenverbände seit Jahrzehnten mit der Frage der Staatszugehörigkeit der ausheiratenden Schweizerin. Der zweite Weltkrieg hat erneut gezeigt, in welche trostlose Lage viele geborene Schweizerinnen durch den Verlust ihres angestammten Bürgerrechts geraten sind. Der B. R. B. vom 11. Nov. 1941 hat durch seine Formulierung zur Verschärfung der Schwierigkeiten beigetragen.

Da die Zeit der Vollmachtenbeschlüsse nun zu Ende geht, richten die unterzeichneten Frauenverbände das Gesuch an Sie, die für die Kriegszeiten vielleicht unvermeidlichen Härten nicht in die ordentliche Gesetzgebung übergehen zu lassen, sondern nach Möglichkeit die Frage der Staatszugehörigkeit der Frau von der Eheschliessung unabhängig zu gestalten, was im heutigen Zeitpunkt auch besonders für die einen Schweizer heiratende Ausländerin von Bedeutung sein dürfte. Bisher haben wir vor allem an die Schwierigkeiten gedacht, unter denen die Schweizerinnen zu leiden haben, die ihr Bürgerrecht durch die für sie ungünstigen Gesetze verlieren müssen, obwohl weder ein Verzicht ihrerseits noch ein staatsfeindlicher Akt diese Ausbürgerung rechtfertigen. Die heutige Entwicklung wirft jedoch auch die andere Seite des Problems auf, nämlich die Gefahr der bedingungslosen Einbürgerung durch Einheirat, sowie der dadurch ermöglichten Scheinehen, die einem politisch nicht zu unterschätzenden Zuwachs undemokratischer Elemente in unser Land die Tür öffnet.

Auf alle Fälle bitten wir Sie dringend, diese wichtige Zukunftsfrage, die in erster Linie die Frauen betrifft, nicht ohne Mitberatung unserer Verbände zu lösen, die gern bereit sind, sich durch juristisch geschulte Frauen vertreten zu lassen.

Empfangen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Für den Bund schweizerischer Frauenvereine
Die Präsidentin: A. Jeannet-Nicolet

Für den Schweiz. Verband für Frauenstimmrecht
Die Präsidentin: E. Vischer-Alioth

Die Eingabe wird unterstützt durch weitere 47 Mitgliederverbände des Schweizerischen Frauensekretariats.